

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Hennef



SPD-Fraktion, Rathaus, 53773 Hennef

An den
Bürgermeister der Stadt Hennef
Herrn Klaus Pipke
Rathaus
53773 Hennef

Fraktionsbüro

Rathaus Raum 1.01
Frankfurter Str. 97
53773 Hennef (Sieg)
spd@hennef.de

Hennef, den 17.10.2014

Antrag zu TOP 3.22 der Ratssitzung: Resolutionsentwurf zu den Freihandelsabkommen TTIP, CETA, TiSA

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

nehmen Sie bitte folgenden Resolutionsentwurf für den Tagesordnungspunkt 3.22 der Ratssitzung am 20.10.2014 mit auf. Anstelle des Beschlussvorschlages der Verwaltung, beantragen wir, dass der Rat der Stadt Hennef folgende Resolution beschließen und an die Bundesregierung und die Bundestagsabgeordneten des Rhein-Sieg-Kreises weiterleiten soll.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Norbert Spanier
Fraktionsvorsitzender

gez. Mario Dahm
stellv. Fraktionsvorsitzender

Resolution

Internationaler Handel und Handelsabkommen zwischen demokratischen Rechtsstaaten oder ganzen Wirtschaftsräumen wie der EU und Nordamerika können eine Chance für Unternehmen und Arbeitnehmer/innen sein. Sie eröffnen im besten Sinne neue Absatz- und Handelsmöglichkeiten. Deutschland und die Unternehmen im Rhein-Sieg-Kreis sind große Profiteure eines geeinten europäischen Binnenmarktes. Deutsches Wirtschaftswachstum und unsere Arbeitsmarktstatistik zeigen dies deutlich. Eine exportorientierte deutsche Wirtschaft und damit auch die vielen innovativen Unternehmen in unserem Kreis könnten daher von den aktuell debattierten Handelsabkommen profitieren.

Allerdings dürfen Freihandelsabkommen nicht dazu führen, dass Handlungsspielräume der Politik und insbesondere der kommunalen Ebene verengt werden. Ferner dürfen Sozial-, Arbeits-, Verbraucher- und Umweltschutzstandards nicht abgesenkt werden.

Vorsitzender:
Norbert Spanier
Keplerstraße 23
Tel. Nr. 02242 / 9181831
Fax. Nr. 02242 / 9180908

Tel. Nr. 02242 / 888 292
02242 / 888 294
Fax. Nr. 02242 / 888 7 292
spd@hennef.de
www.spd-hennef.de

Geschäftsführerin:
Edelgard Deisenroth-Specht
Kapellenstraße 11
Tel. Nr. 02242 / 7684

Nach Auffassung des Rates der Stadt Hennef (Sieg) kann daher ein Abkommen nur dann unterzeichnet werden, wenn die nachstehenden Bedingungen erfüllt sind. Diese gelten insbesondere für die derzeit debattierten Abkommen mit den USA („Transatlantic Trade Investment Partnership“, TTIP) und Kanada („Comprehensive and Economic Trade Agreement“, CETA):

- 1.) Es darf keine vergaberechtlichen Vorgaben für Kreise und Kommunen zugunsten von US-amerikanischen oder kanadischen Unternehmen geben, die über die Vorgaben aus dem EU-Recht oder dem nationalen Recht hinausgehen.
- 2.) Verbote staatlicher Subventionen oder Beihilfen dürfen ebenfalls nicht über die bestehenden Regeln des nationalen Rechts oder des EU-Rechts hinausgehen. Die Förderung von Sport, Kunst, Kultur und sozialem Engagement darf keinen Beschränkungen unterliegen.
- 3.) Die hohe Qualität der öffentlichen Daseinsvorsorge muss erhalten werden. Für den Bereich der Daseinsvorsorge dürfen keine Verpflichtungen übernommen werden. Abkommen zum Schutz öffentlicher Dienstleistungen auf EU-Ebene müssen unberührt bleiben. Kreise und Kommunen wird für die Erbringung von Dienstleistungen im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse ein umfassender Gestaltungsspielraum eingeräumt. Auch die Daseinsvorsorge durch die freie Wohlfahrtspflege, Kirchen, Sozialverbände etc. muss erhalten werden.
- 4.) Es darf keinen direkten oder indirekten Zwang zur Privatisierung geben.
- 5.) Regelungen zum Investorenschutz mit unbestimmten Generalklauseln wie „indirekte Enteignung“ oder „faire und gerechte Behandlung“ dürfen nicht vereinbart werden. Staat/Investor-Schiedsverfahren außerhalb der nationalen Rechtsordnung lehnen wir ebenfalls ab. Die Möglichkeit einer Schadensersatzforderung aufgrund politischer oder administrativer Maßnahmen darf demokratische Entscheidungen nicht beeinflussen und den Entscheidungsspielraum demokratischer Parlamente einengen.
- 6.) Der Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse muss sich auf die Vereinbarung technischer Standards oder die Abschaffung doppelter Zulassungsverfahren, die tatsächlich vergleichbar sind, beschränken. Ansonsten besteht die Gefahr, dass jedwede regulierende Maßnahme z.B. des Verbraucher- oder Umweltschutzes (auch auf kommunaler Ebene) als unbotmäßiges Handelshemmnis qualifiziert wird.
- 7.) Zur Erhaltung des Handlungsspielraums der Kommunen ist die kommunale Daseinsvorsorge von den Marktzugangspflichten in den Freihandelsabkommen auszunehmen.
- 8.) Stillstands- und Ratchetklauseln, mit denen bestehende Liberalisierungsniveaus festgeschrieben werden sollen, sind abzulehnen. Kommunen muss der Weg der Rekommunalisierung von Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge offen stehen.
- 9.) Die kommunalen Spitzenverbände müssen in die Beratungen über die Freihandelsabkommen miteinbezogen werden. Die weiteren Verfahrensschritte sind für die Öffentlichkeit transparent zu gestalten.

Der Rat der Stadt Hennef (Sieg) spricht sich gegen die Unterzeichnung von Freihandelsabkommen wie TTIP, CETA oder TiSA aus, wenn die oben genannten Kriterien nicht erfüllt sind.

Vorsitzender:
Norbert Spanier
Keplerstraße 23
Tel. Nr. 02242 / 9181831
Fax. Nr. 02242 / 9180908

Tel. Nr. 02242 / 888 292
02242 / 888 294
Fax. Nr.02242 / 888 7 292
spd@hennef.de
www.spd-hennef.de

Geschäftsführerin:
Edelgard Deisenroth-Specht
Kapellenstraße 11
Tel. Nr. 02242 / 7684